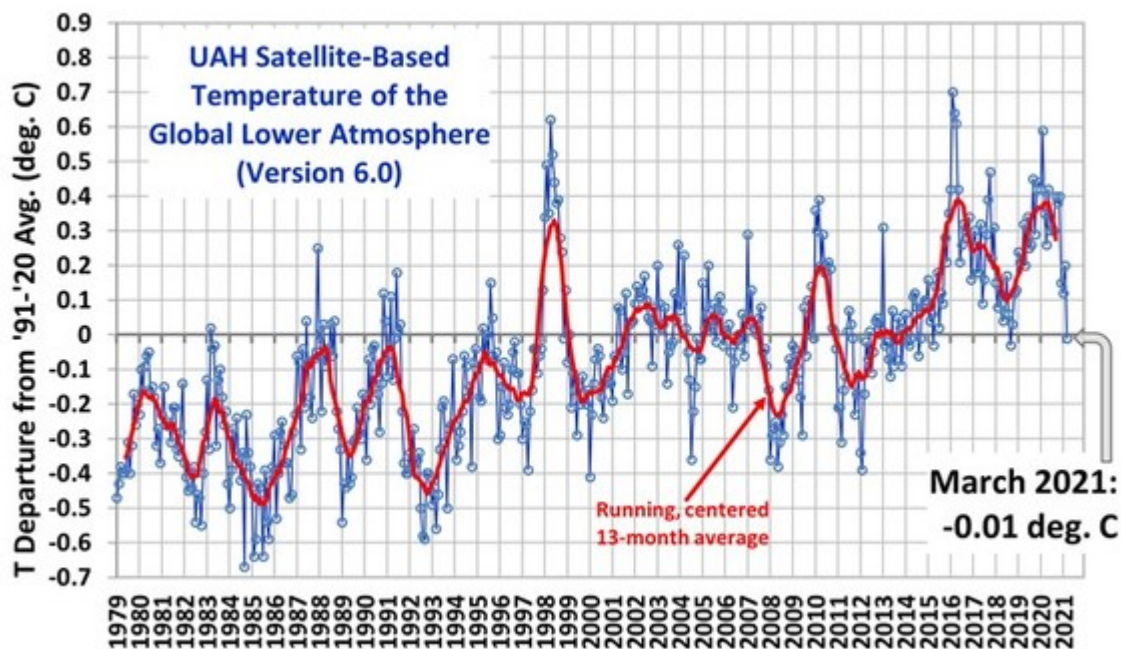


Die Temperaturen im März und energiepolitische Wirrungen

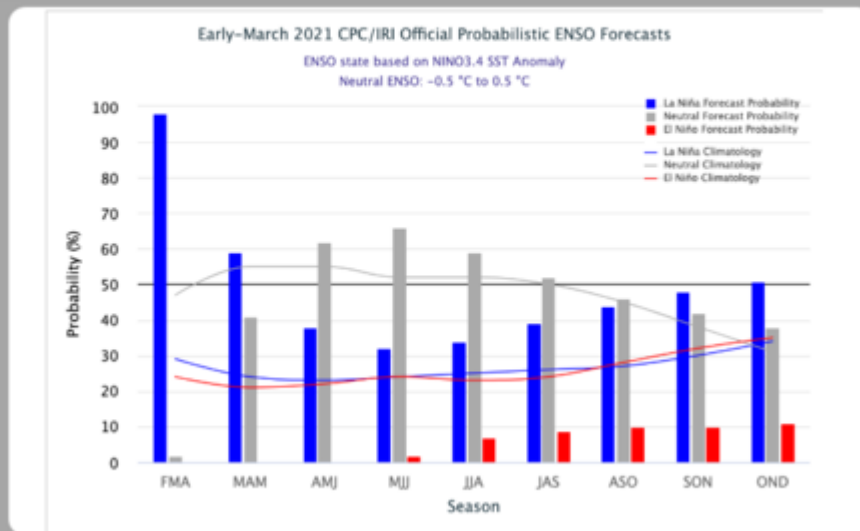
geschrieben von AR Göhring | 13. April 2021

Die weitere Entwicklung wird maßgeblich davon abhängig sein, ob La Niña ausläuft oder sich in der 2.Hälfte des Jahres verstärkt fortsetzt. Die Chancen stehen laut der US- amerikanischen Wetter- und Ozeanografiebehörde NOAA 60 zu 40, dass der Ost- Pazifik wieder bis Juni zu normalen Temperaturen (graue Balken) zurückkehrt. Danach erwartet die NOAA eher eine zweite La Niña (blaue Balken). Dann sind kühlere Temperaturen wie vor zehn Jahren zu erwarten.



von Prof. Vahrenholt

La Niña is favored through March-May 2021, with a 60% chance of a transition to ENSO-neutral in April-June 2021.



von Prof. Vahrenholt

Die Wirrungen der Energiewende: die Zerstörung des Schwarzwaldes durch Grün-Schwarz

Die Koalitionsgespräche in Baden-Württemberg zwischen Grünen und CDU haben den ersten Verlierer fest vereinbart den baden-württembergischen Wald. Die erste und offenbar wichtigste Vereinbarung der Sondierungsgespräche ist die Festlegung der „Vermarktung von Staatswald- und Landesflächen für die Windkraftnutzung. So können bis zu 1000 neue Windkraftanlagen entstehen“. Die bedeutendste Fläche des Landes ist in der Tat der Staatswald mit 329 000 ha Fläche. Zieht man von dieser Fläche die Nationalparkflächen ab (dort wird man es wohl nicht wagen, Schneisen zu schlagen), bleibt immer noch eine Fläche von 190 000 ha übrig. Davon müsste man eigentlich noch die Vogelschutzgebiete und FFH Gebiete, soweit sie nicht in den Nationalparkflächen enthalten sind, abziehen. Aber selbst wenn man das nicht tut, kommt ein Windrad (Minister Altmaier: Die Kathedralen der Energiewende) auf 190 ha. Das ist eine Fläche von 1,4 mal 1,4 km². Also stehen dann im Abstand von 1,4 km jeweils ein Windrad mit den entsprechenden Zufahrtsstraßen, die die Waldstücke zerschneiden. Damit die Verbreitung in Windkraftanlagen in naturempfindlichen Gebieten besser vorankommt, hatte ja bereits im November 2020 AGORA *Energiewende*, der Thinktank, der die Bundesregierung berät, die Lockerung des Tötungsverbots geschützter Arten im Naturschutzrecht verlangt.

Doch selbst 1.000 Windkraftanlagen bieten keine gesicherte Stromversorgung im windschwachen Ländle. Der Wegfall der Kernkraftwerke wie Philippsburg 2 (immerhin 13 % der Stromversorgung), kann nur durch stärkeren Import von Strom aus dem Ausland kompensiert werden, darunter das älteste Kernkraftwerk der Welt, das Kernkraftwerk Beznau, das nur

sechs Kilometer südlich der baden-württembergischen Grenze im Kanton Aargau steht. Baden-Württemberg verteuert die Kernkraft, nimmt aber gerne den Strom aus ausländischen Kernkraftwerken. □ Wer mag, kann ja mal 1000 Windkraftwerke in die dunkelgrünen Flächen der untenstehenden Grafik einzeichnen.

Quelle für die Grafik: ForstBW



Die Energiewende vor dem Scheitern □

Aber was für Baden-Württemberg schiefgehen wird, geht auch in ganz Deutschland nicht auf. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft BDEW rechnet durch den Kernenergieausstieg (-8 GW) und den Kohleausstieg (-10 GW) trotz eines Zubaus von 4 GW Gaskraftwerken bis Ende 2022 mit einer Unterversorgung Deutschlands mit Strom. Dadurch „sinkt bis 2023 die konventionelle Kraftwerkskapazität von heute 90 GW auf 75,3 GW. Die Jahreshöchstlast hingegen wird laut Prognose der Bundesnetzagentur dann etwa 81,8 GW betragen“. Da weder Wind- noch Solarenergie gesicherte Leistung liefern, wird es dann, so der BDEW, „eine Lücke an gesicherter Leistung“ geben.

Das ist mittlerweile auch dem Bundesrechnungshof (BRH) aufgefallen. In seiner Pressemitteilung zum Sonderbericht vom 30. März 2021 titelt der Rechnungshof: „Sichere und bezahlbare Stromversorgung zunehmend in Gefahr“. Es lohnt sich die Langfassung des Berichtes zu lesen. Selten ist ein Bundesministerium so abgewatscht worden, wie das Wirtschaftsministerium unter Peter Altmaier. Der Rechnungshof kommt zum Ergebnis, dass die durch den Kernenergie- und Kohleausstieg entstehenden Netzengpässe bis 2025 nicht beseitigt werden (S.30). □ Der Bundesrechnungshof geht weiter davon aus, dass die Letztverbrauchspreise für Strom in den kommenden Jahren weiter steigen werden. Schon heute liegen die Strompreise um 43% über dem Durchschnitt in Europa. □ Nach seiner Auffassung wirken sich folgende Faktoren gleichzeitig auf die Strompreise aus:

- Der weitere Zubau nachfrageunabhängig produzierender

Erneuerbare-Energien-Anlagen.

- der dadurch in großem Umfang notwendige Netzausbau und

derzeit noch fehlende Speicherkapazitäten für Strom aus erneuerbaren Energien.

Das Fazit ist alarmierend: „Der Bundesrechnungshof sieht die Gefahr, dass die Energiewende in dieser Form den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährdet, die finanzielle Tragkraft der letztverbrauchenden Unternehmen und Privathaushalte überfordert und damit letztlich die gesellschaftliche Akzeptanz aufs Spiel setzt. Nach Schätzungen aus dem Jahr 2016 müssen in den Jahren 2000 bis 2025 rund 520 Mrd. Euro (nominal) einschließlich der Netzausbaukosten für die Energiewende im Bereich der Stromerzeugung aufgebracht werden.“
Der Bundesrechnungshof bekräftigt deshalb seine Auffassung, dass es nicht vorrangig Ziel sein kann, die Energiewende „um jeden Preis“ umzusetzen.“(S.48)

Das hätte ich nicht besser formulieren können. Mehr zu diesen Themen sehen Sie auf der Klimaschau Nr. 26 von Sebastian Lüning.